

zu Gesamtinvestitionen von nahezu 500 Mio.RMB Yuan (= 57,5 Mio.US\$) verpflichtet. China hat außerdem den einzelnen Inselstaaten "beträchtliche" Unterstützung in Form von Materialien und von Bargeld zugesagt. (Ebenda)

Probleme wurden von Liu nicht erwähnt; sie hatten sich in den vergangenen Jahren aber dadurch ergeben, daß einzelne pazifische Inselstaaten mit Taiwan diplomatische Beziehungen aufgenommen - und dadurch den Unwillen Beijings erregt haben. Gegenwärtig unterhält nur noch Nauru offizielle Beziehungen mit Taiwan. -we-

*(6)

Glaskabelnetz zwischen Europa und Asien

Im Juli 1994 einigten sich nach einjährigen Konsultationen zehn Länder Asiens und Europas über die Verlegung des ersten kontinentalen Glasfaserkabels von Frankfurt nach Shanghai. Das Glaskabel soll im wesentlichen entlang der antiken "Seidenstraße" laufen und, mit einer Länge von 16.000 km, zehn Staaten durchziehen, nämlich Deutschland, Polen, die Ukraine, die Türkei, den Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan und die VR China. Das Kabel soll nach einheitlichen technischen Normen verlegt und im ersten Quartal 1996 fertiggestellt sowie in Betrieb genommen werden.

Ausgangspunkt für dieses eurasische Projekt war die Tatsache, daß die Zahl der internationalen Telefongespräche mit China jährlich durchschnittlich um mindestens 40% wächst, so daß die vorhandenen Satellitenverbindungen schon jetzt überlastet sind. Mit dem neuverlegten Glasfaserkabel soll die Kommunikationsfähigkeit der VR China mit asiatischen und europäischen Ländern konsolidiert werden.

Das Projekt soll im Laufe der nachfolgenden Jahre auch weiteren Ländern zugute kommen, die in der "Nachbarschaft" des Kabelverlaufs liegen.

Sollte das eurasiatische Kabel eines Tages an das Weltkabelnetz angeschlossen werden, so würde China damit im Fernmeldewesen einen weiteren "Großen Sprung" nach vorn vollziehen. (BRu 1994, Nr.24, S.28) -we-

Innenpolitik

*(7)

Neue politische Reformanstöße Dengs

Im Vorfeld der 4. Plenartagung des XIV. Zentralkomitees, die vermutlich Ende September oder im Oktober stattfinden wird, ist die Diskussion um politische Strukturreformen durch Deng Xiaoping kürzlich wieder entfacht worden. Deng hatte bereits 1980 und besonders 1986 auf die Notwendigkeit einer begrenzten politischen Erneuerung als Ergänzung der Wirtschaftsreformen hingewiesen. In einem Gespräch mit Parteiveteranen und Politbüro-Mitgliedern soll Deng Anfang August das Thema politischer Reformen wieder aufgegriffen haben. Dies geht aus übereinstimmenden Meldungen gutinformierter Hongkonger Pressekreise hervor (vgl. etwa *Xin Bao*, 19.8.94, S.27; JB, 94/8, S.32-35). Es ist nicht bekannt, in welchem Maße Dengs Töchter an der Formulierung und Übermittlung der jüngsten Äußerungen beteiligt gewesen sind.

Deng soll die Bedeutung einer straffen Parteiorganisation und eines stabilen Führungskerns für die künftige Entwicklung betont haben. Im Zentrum einer politischen Umstrukturierung stünden Fragen der "sozialistischen Demokratie", des Rechtssystems sowie das Verhältnis zwischen der "regierenden Partei" (KPCh) und den Staatsorganen, wobei die Führung durch die Partei "unerschütterlich" bleibe.

Drei Aspekte, so Deng, seien besonders wichtig:

1. Die Trennung von Partei- und Regierungsfunktionen und die Vervollkommnung der Parteiführung auf allen Verwaltungsebenen.
2. Die Verlagerung von Kompetenzen auf die unteren Ebenen und zugleich die verbindliche Regelung der Beziehungen zwischen zentralen und lokalen Behörden.
3. Die Straffung des Behördensystems und seines Personals.

Deng beharrte darauf, daß die politischen Erfahrungen des Westens in China nicht einfach "kopiert" werden könnten. Bereits 1986 hatte er klargestellt, daß "westliche" Demokratie,

Gewaltkontrolle, Mehrparteiensystem, Konkurrenzahlen und Zweikammer-Parlamente nicht auf China übertragbar seien. -hei-

*(8)

Trennung oder Integration von Partei und Staat?

Deng Xiaopings wenig konkrete Aufrufe zur "Trennung von Partei und Staat" (*Dang Zheng fenkai*) haben seit 1986 immer wieder zu beträchtlicher Verwirrung in der Parteiorganisation geführt. Wie soll sich eine "regierende Partei" (*zhizhengdang*) wie die KPCh aus staatlichen Institutionen heraushalten, ohne die politische Macht einzuüben?

Als Reaktion auf die vielfältigen Herausforderungen, denen die Parteiherrschaft aufgrund der Wirtschaftsreformen und des gesellschaftlichen Wandels gegenübersteht, kam es in den letzten Jahren (verstärkt seit dem XIV. Parteitag 1992) zu einem neuen Trend: der "Integration von Partei und Staat" (*Dang Zheng yitihua*) und der Tendenz zu "überlappenden Amtsfunktionen" (*jiaocha jianzhi*). Sekretäre regionaler und lokaler Parteikomitees begannen damit, Spitzenfunktionen in Regierung und Volkskongressen in Personalunion auszuüben. (JB, 94/8, S.32-35; S.57)

Diese Ämterkonzentration diente der Machtsicherung der Parteikader, erschwerte aber alle Bemühungen um eine noch so bescheidene Kontrolle zwischen den verschiedenen Zweigen des chinesischen Institutionensystems. Auch die Ansätze zur Stärkung der Volkskongresse und der Gerichte konnten hier nur ein geringes Gegengewicht schaffen.

Unterhalb der Bezirks- und Kreisebenen führte diese Entwicklung in manchen Regionen dazu, daß - ganz im Gegensatz zu den Bemühungen um den Aufbau eigenständiger staatlicher Institutionen in den achtziger Jahren - beispielsweise die Organisationsabteilungen der Partei das gesamte Personalwesen der Regierungsstellen übernahmen. Manche staatliche Stellen existieren auf den unteren Verwaltungsebenen nur dem Namen nach: Unter zwei verschiedenen Schildern (Parteiorgan/staatliche Behörde) firmieren die gleichen Leute (*liang kuai paizi, yi tao renma*), und eigenständige Kompetenzen der Verwaltung werden durch Parteiorgane systematisch unterhöhlt.

Auch für die Parteiorganisation hat die Übernahme staatlicher Funktionen weitreichende Folgen. Lokale Parteiorgane sind zum Teil so vollständig in der Erledigung administrativer Aufgaben aufgegangen, daß sich die beteiligten Kader nur noch für lokale Belange, nicht aber für die programmatischen Weisungen der Parteizentrale in Beijing interessieren. Das "organisatorische Leben der Partei" (Parteisitzungen, Studiengruppen etc.) ist vielerorts zum Erliegen gekommen. Parteikader beteiligen sich aus ihren Verwaltungspositionen heraus an lukrativen kommerziellen Nebengeschäften und halten enge Verbindungen zum Management der lokalen Kollektivbetriebe, die ihrer Aufsicht unterstehen.

Die straffe Kaderorganisation, die die Kommunistische Partei einmal war, existiert nur noch auf dem Papier der Parteistatuten. Angesichts der offenkundigen Erosionserscheinungen (in den Dörfern sollen inzwischen mehr als drei Viertel der KP-Basisorganisationen nicht mehr funktionsfähig sein) ist die innerparteiliche Diskussion um eine Erneuerung der Organisation und der Funktionsweise der Partei nun wieder in Gang gekommen. Sie wird auf der bevorstehenden ZK-Plenartagung allem Anschein nach ein wichtiges Thema sein. -hei-

*(9)

Keine offiziellen Feierlichkeiten zu Deng Xiaopings 90. Geburtstag

Offenbar auf Wunsch Deng Xiaopings verzichtete die Partei- und Staatsführung auf offizielle Feierlichkeiten zum 90. Geburtstag (22. August) des "Chefarchitekten" der Reform- und Öffnungspolitik. Allerdings veröffentlichten mehrere chinesische Zeitungen Archivaufnahmen des wichtigsten chinesischen Politikers und Kommentare, die Dengs Beitrag zur Modernisierung Chinas und die Bedeutung seiner "Theorie" des Sozialismus chinesischer Prägung priesen. In keinem der Artikel wurde jedoch erwähnt, daß Deng an diesem Tag seinen 90. Geburtstag begehe.

Deng hatte sich in diesem Jahr wiederholt sehr skeptisch gegenüber dem Personenkult geäußert, der in den letzten Jahren um ihn inszeniert wurde. Selbst der bisher gebräuchliche Ehrentitel "Chefarchitekt" [der Reformpoli-

tik] ist auf einer von der Zentralen Parteischule der Kommunistischen Partei vertriebenen Deng-Plakette nicht mehr zu sehen und wurde durch "Hallo, Xiaoping" ersetzt. (ZTS, 20.8.94, nach SWB, 29.8.94; IHT, 23.8.94)

Nach Aussage verschiedener Vertrauter von Deng Xiaoping soll sich dessen Gesundheitszustand in den letzten Monaten verbessert haben (*Wen Wei Po*, Hongkong, 28.8.94; LHB, 22.8.94). Deng scheint kürzlich auch wieder mit zum Teil detaillierten Weisungen in die Hongkong-Politik und in Fragen der Parteiorganisation eingegriffen zu haben. Seine Stellungnahmen werden die Tagesordnung der bevorstehenden 4. Plenartagung des XIV. Zentralkomitees wesentlich bestimmen.

In einem Kommentar der *Volkszeitung* vom 22. August wurde Dengs "Theorie zum Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung" gepriesen. Deng habe die Mao-Zedong-Ideen durch neue Gedanken und Perspektiven "angereichert und fortentwickelt". Dengs Theorie repräsentiere einen "Marxismus für das gegenwärtige China" und biete eine Strategie für den Aufstieg Chinas zu einem Land, das sich "im Wald der Nationen" behaupten könne. Das 19. Jahrhundert sei das Jahrhundert des chinesischen Niedergangs gewesen. Das 20. Jahrhundert habe die Wiederbelebung des Landes nach langem Kampf gebracht. Und das 21. Jahrhundert werde eine neue Blütezeit Chinas erleben. -hei-

*(10)

Treffen der Provinzfürsten Nordwestchinas: Eine neue Stufe des "Regionalismus"?

Mitte August haben sich die Partei- und Regierungschefs von fünf Provinzen und Autonomen Regionen Nordwestchinas zu Gesprächen in Xining (Provinz Qinghai) getroffen. Die regionalen Führungen der Provinzen Gansu, Qinghai und Shaanxi sowie der Autonomen Regionen Xinjiang und Ningxia befürworteten eine stärkere wirtschaftspolitische Kooperation und ökonomische Integration, um sich in dem "harten Wettbewerb" mit anderen chinesischen Regionen behaupten zu können. Die Gesamtregion Nordwestchina weise mit ihren drei Mio. Quadratkilometern, unermesslichen Boden-

schätzen und einer Bevölkerung von rund 80 Mio. ein beachtliches Entwicklungspotential auf.

Unter anderem wurden folgende Projekte ins Auge gefaßt:

- * Zusammenarbeit bei der Ausbeutung von Bodenschätzen und Energiequellen.
- * Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Energie, Transport und Kommunikationswesen.
- * Entwicklung moderner Schlüsselindustrien, in denen der Nordwesten Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Regionen erringen kann (genauere Angaben wurden nicht gemacht).
- * Bildung größerer Unternehmensgruppen, die sich auf dem nationalen und internationalen Markt behaupten können.
- * Abbau "regionaler Blockaden" (damit sind wohl Formen des interregionalen Protektionismus gemeint) und gegenseitige Gewährung von Handelsvergünstigungen.

Auf dem Treffen der Provinzfürsten wurde ein Paket von "Vorschlägen an das Zentralkomitee der KPCh und an den Staatsrat zur Beschleunigung des Wirtschaftsaufbaus im Nordwesten und zur Verringerung der Entwicklungsunterschiede zwischen Ost- und Westchina" verabschiedet. Darüber hinaus wurde beschlossen, eine Koordinierungsstelle für die künftige Zusammenarbeit der politischen Führungen Nordwestchinas zu gründen. (Qinghai Volksradio, 16.8.94, nach SWB, 22.8.94; XNA, 19.8.94)

Ob sich die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Nordwestregionen institutionell verfestigen wird und ob es zu regelmäßigen "Gipfeltreffen" kommen wird, bleibt abzuwarten. Die Konferenz der Provinzspitzen weist aber darauf hin, wie stark Wettbewerb und Spannungen zwischen den Boom-Regionen in Ostchina und den Armenhäusern in Westchina inzwischen zugenommen haben. Die Nordwestprovinzen haben nun den Weg beschritten, ihre Interessen gemeinsam gegenüber der Zentrale und den Küstenprovinzen zu vertreten. Die Verfolgung regionaler Sonderinteressen und die Auseinandersetzungen um Finanzhilfen, Steuerprivilegien oder Investitionsförderungsprogramme werden durch diese neue Entwicklung wahrscheinlich eine Steigerung erfahren. -hei-

*(11)

Innere Mongolei: Unruhe unter den Kadern und Führungswechsel

In der "Autonomen Region" Innere Mongolei, wo mongolische Minderheiten nach offiziellen Angaben nur noch 3,5 Mio. (16%) der insgesamt 22 Mio. Bewohner stellen (XNA, 26.8.94), ist es seit Frühjahr dieses Jahres zu Spannungen innerhalb der Parteiorganisation und in Verwaltungsbehörden gekommen. Die Auseinandersetzungen waren offenbar nicht durch ethnische Konflikte, sondern vielmehr durch Mißstände in der regionalen Führung ausgelöst worden. Die Lage hat sich anscheinend erst nach mehrmaligem persönlichen Eingreifen Beijinger Parteiführer und nach der Absetzung des langjährigen Parteisekretärs Wang Qun wieder beruhigt.

Anfang April dieses Jahres hatten zahlreiche Kader aus regionalen Behörden eine Eingabe an die Führungen in Hohhot (Hauptstadt der Inneren Mongolei) und Beijing mit ihrer Unterschrift unterstützt und folgende Forderungen erhoben:

- * Dämpfung der Inflation durch staatliche Maßnahmen.
- * Einstellung des Kaufs von Limousinen und des Baus von Luxusvillen für Spitzenkader.
- * Aufstockung der Unterhaltszuschüsse (Inflationsausgleich) für Basiskader und pensionierte Funktionäre.
- * Öffentliche Untersuchung der Korruption und Privilegienwirtschaft der Führungskader in Partei und Verwaltung.

Die regionale Führung antwortete auf diese Herausforderung mit scharfen Drohungen: "Schlechte Elemente" hätten die Unterschriftenaktion genutzt, um einen Teil der Kader gegen die regionale Partei- und Regierungsführung aufzuwiegeln und Unruhe zu stiften; gegen diese Machenschaften müsse mit den "Waffen des Gesetzes" vorgegangen werden.

Aus Protest gegen diese Direktive traten angeblich mehr als achthundert Kader aus verschiedenen Behörden in den Bummelstreik oder meldeten sich krank. Nach kurzer Zeit griff der Verweigerungsprotest auch auf andere Städte der Inneren Mongolei über. Insgesamt sollen sich mehr als viertausend Kader, überwiegend Parteimitglieder, in verschiedenen Organen und Orten an den Aktionen beteiligt haben.

Als sich die Auseinandersetzung auszuweiten drohte, entsandte die Parteizentrale aus Beijing von April an insgesamt fünfzehn hochkarätig besetzte Arbeitsgruppen in die betroffenen Städte. Ende April kam sogar Ministerpräsident Li Peng höchstpersönlich nach Hohhot, um die Wogen zu glätten. Er forderte die regionale Führung auf, eine gründliche Untersuchung der kritisierten Mißstände durchzuführen und sich um die Lebensbedingungen der Kader zu kümmern. Eine "Ausrichtung" (Disziplinierung und Korruptionsbekämpfung) in der Parteiorganisation der Inneren Mongolei sei dringend notwendig. Oppositionelle Aktivitäten und "illegale Untergrundorganisationen", die teilweise Verbindungen zum Ausland unterhielten, seien entschlossen zu bekämpfen. (ZM, 94/6, S.24-25)

Von Mai bis Juni kam es zu Großaktionen der regionalen Sicherheitskräfte, die sich vor allem gegen kriminelle Banden, aber vermutlich auch gegen die politische Opposition richteten. (*Neimenggu Ribao*, 6.7.94, nach SWB, 25.7.94) Die Arbeitsgruppen aus Beijing bemühten sich gleichzeitig um eine Durchleuchtung von Korruption und Vetternwirtschaft wie auch um die Abschaffung zahlreicher willkürlicher Abgaben, die in der Inneren Mongolei üblich geworden waren. Staatsratsmitglied Li Guixian betonte während einer Inspektionsreise in die Region, daß "unser Rechtssystem den Schutz der Bevölkerung zum Ziel hat" und Justizorgane im Interesse des Volkes zu handeln hätten. (*Neimenggu Ribao*, 28.6.94, nach SWB, 19.7.94)

Im Sommer entschloß sich die Beijinger Führung schließlich, die Querelen in der Inneren Mongolei durch ein Revirement an der Parteispitze zu beenden. Wang Qun (68), der seit 1987 an der Spitze des regionalen Parteikomitees gestanden hatte, wurde abgelöst. An seine Stelle trat Liu Mingzu (58), der zuvor als stellvertretender Parteisekretär der Autonomen Region Guangxi gearbeitet hatte. Die Neubesetzung wurde anlässlich einer Inspektionsreise des aufstrebenden Politbüro-Mitglieds Hu Jintao (52) bekanntgegeben. Hu spielt eine führende Rolle in der "Organisationsarbeit" (inkl. Personalwesen) und in der Minderheitenpolitik der Kommunistischen Partei. In einer Rede in Hohhot betonte Hu, daß es an der Zeit sei, die Qualität der politischen Führung durch die

Förderung talentierter jüngerer Kräfte zu fördern (zu denen er sicher auch sich selbst zählt). (XNA, 17.8.94)

Die Innere Mongolei bereitet der chinesischen Führung wegen innerer Streitigkeiten und wegen ihrer strategischen Bedeutung als Einfallstor nach Beijing immer wieder Kopfzerbrechen. Die Parteizentrale fürchtet offensichtlich, daß der politische Erneuerungsprozeß in der Äußeren Mongolei auf die chinesische "Autonome Region" übergreifen könnte. In diesem Zusammenhang stehen die Repressionsmaßnahmen gegen "illegale Untergrundorganisationen".

Angesichts des geringen Bevölkerungsanteils, den mongolische Minderheiten nur noch stellen, erscheinen allerdings weder die Vereinigung mit der Äußeren Mongolei noch die Gründung einer unabhängigen innermongolischen Republik realisierbar. Selbst die offiziellen Zahlen über den mongolischen Bevölkerungsanteil dürften noch zu hoch liegen. Viele Han-Chinesen sind nämlich dazu übergegangen, sich als Mongolen registrieren zu lassen, um die Vorteile einer für ethnische Minderheiten gelockerten Geburtenkontrollpolitik zu genießen. Darüber hinaus beherrschen viele junge Mongolen ihre eigene Sprache nicht mehr, da sich ihnen berufliche Chancen nur bieten, wenn sie das Chinesische beherrschen. (Vgl. das Interview mit dem mongolischen Menschenrechtsaktivisten Sibchod Temcheltu, dem inzwischen politisches Asyl in Deutschland gewährt wurde, in: FAZ, 16.8.94.)

Aus der Sicht Beijings hat sich die han-chinesische Kolonisierung der Inneren Mongolei somit als erfolgreiche politische Strategie erwiesen. Auch in Tibet und Xinjiang strebt die chinesische Führung mehr oder weniger offen eine allmähliche Verschiebung der ethnischen Zusammensetzung zugunsten des chinesischen Bevölkerungsanteils an. -hei-

*(12)

Kampf gegen Separatisten in Xinjiang

Nachdem Untergrundgruppen in Xinjiang im Juni dieses Jahres Bombenanschläge in Kashgar und Aksu verübt haben, hat die regionale Führung zum Kampf gegen die "Sabotageakte einer kleinen Zahl von nationalen Separati-

sten" aufgerufen. Unter der Bevölkerung Xinjiangs (rund 16 Mio., überwiegend muslimische Turkvölker, Han-Chinesen stellen 38 Prozent der Bevölkerung) gebe es zwar nur sehr wenige "Kriminelle", die ein unabhängiges "Ost-Turkestan" forderten. Dennoch müsse man entschlossen gegen diese Kräfte, die sich zum Teil auf Unterstützung aus dem Ausland (Zentralasien und anderen muslimischen Ländern) stützen könnten, vorgehen.

Die Sicherheitsorgane sollten ihre Aufmerksamkeit auf Gebiete entlang von Eisenbahnlinien und Landstraßen sowie auf die Umgebung von Grenzübergängen und Ölfeldern konzentrieren. Die öffentliche Ordnung in den Ackerbau- und Weidegebieten müsse innerhalb der nächsten beiden Jahre wiederhergestellt werden. (Xinjiang TV, 4.8.94, nach SWB, 16.8.; FAZ, 19.8.94; AWSJ, 9.8.94) -hei-

*(13)

Skandal um "Dr.Leuningers" reformkritische Publikation

Ein im Juni dieses Jahres im Volksverlag Shanxi erschienenes Buch mit dem Titel "China mit den Augen eines Dritten besehen" (*di san zhi yanjing kan Zhongguo*) hat Aufsehen in chinesischen politischen und intellektuellen Kreisen erregt. Autor des Werkes, so ein erläuterndes Vorwort zum Buch, sei der "einflußreichste China-Experte Europas", Dr. "Luo yi ning ger" aus Deutschland, Jahrgang 1953, der die China-Politik der Europäischen Union durch seine Einschätzungen entscheidend beeinflusse.

Da das Buch die Leistungen des Revolutionsführers Mao Zedong in einem überaus positiven Lichte darstellt, andererseits aber stellenweise deutliche Kritik an Deng Xiaopings Programm der "Sozialistischen Marktwirtschaft" übt, stieß das Werk auf großes Interesse. Dieses Interesse wurde noch durch ein Verkaufsverbot gesteigert, das angeblich von höchster Stelle, nämlich von der Führungsgruppe für Propaganda und Ideologie beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ausgesprochen worden sein soll. Das Buch war jedoch zumindest bis vor kurzem noch in einzelnen Exemplaren oder auch Raubkopien bei kleineren Buchständen erhältlich.

Da ein renommierter deutscher China-Forscher namens "Leuninger", der über einen so außerordentlichen politischen Einfluß verfügt, nicht existiert und der Text mit Vokabeln des Beijing-Dialekts übersät ist, handelt es sich höchstwahrscheinlich um das Werk eines chinesischen Reformgegners, der ein deutsches Pseudonym wählte, um seinen Positionen die Autorität eines ausländischen Star-Wissenschaftlers wie auch den Anschein einer größeren Distanz zur innerchinesischen Diskussion zu verleihen. Die Hongkonger Presse geht davon aus, daß man den Autor unter chinesischen Ökonomen oder Ideologen suchen müsse, die maoistischen Konzepten nachhängen. Als möglicher Autor wurde etwa der marktwirtschaftskritische Ökonom He Xin genannt. (*Mingbao*, Hongkong, 12.8.94, nach SWB, 19.8.; ZM, 94/9, S.11-13)

Die Episode mit "Dr.Leuningers" Werk bestätigt den Eindruck, daß die Widerstände in Teilen der Partei gegen den Übergang zur Marktwirtschaft sich in diesem kritischen Jahr deutlicher äußern als in den Vorjahren (siehe auch C.a., 1994/7, S.669). Sollten die Wirtschaftsreformen in eine Sackgasse geraten oder gar zu größeren sozialen Unruhen führen, werden die Kritiker der "Sozialistischen Marktwirtschaft" Aufwind bekommen. Es wird ihnen aber kaum mehr gelingen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zurückzudrehen und das Gesetz des Handelns landesweit und auf Dauer zu bestimmen. -hei-

*(14)

Organentnahme bei Hingerichteten

Einem Bericht der Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch/Asia" (früher "Asia Watch") zufolge nutzen chinesische Behörden die Organe hingerichteter Häftlinge zu einem schwinhaften Handel mit Transplantaten. Die Geschäfte mit den Organen von Exekutionsopfern würden von den Justizbehörden entweder selbst betrieben oder aber gedeckt.

Human Rights Watch beruft sich in seinem Bericht auf Angaben aus internen chinesischen Dokumenten, auf Informationen von chinesischem Gefängnis-, Justiz- und Klinikpersonal sowie auf chinesische medizinische

Fachliteratur zur Organtransplantation. (AWSJ, 29./31.8.94; SCMP, 29.8.94)

Jährlich würden zwischen zweitausend und dreitausend menschliche Organe, besonders Nieren und Hornhäute der Augen, meist ohne Zustimmung der zum Tode Verurteilten entnommen. Um die Organe in vitalem Zustand entnehmen zu können, komme es vor, daß die Eingriffe bereits in der Nacht vor der Hinrichtung vorgenommen würden. Manchmal werde bei Exekutionen "bewußt gepfuscht" (*deliberately botched*), um die Körper der Opfer zum Zwecke der Organentnahme länger am Leben zu erhalten. In einigen Fällen habe man Vivisektionen durchgeführt. -hei-

Kultur

*(15)

Meinungsäußerung des Staatsrats zur Verwirklichung des Programms für Erziehungsreform

Ende August 1994 hat der Staatsrat seine Meinung (*yijian*) zur Verwirklichung der im Februar 1993 veröffentlichten "Grundzüge der Reform und Entwicklung des chinesischen Erziehungswesens" kundgetan (vgl. RMRB, GMRB, 28.8.94). Die "Grundzüge" waren seinerzeit vom ZK der KPCh und Staatsrat als verbindliches Programm für die Erziehungsreform in den neunziger Jahren und über das Jahr 2000 hinaus erlassen worden (vgl. RMRB, 27.2.93 u. C.a., 1993/2, Ü 9). Als wichtigste Maxime wird in dem Programm verfügt, daß alle Verwaltungsebenen dem Bildungswesen die strategische Position prioritärer Entwicklung einzuräumen hätten. Tatsächlich scheint es, daß dem Erziehungswesen seitdem von offizieller Seite stärkere Beachtung geschenkt und - insgesamt gesehen - mehr für dieses lange zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung vernachlässigte Gebiet getan wird. Die Meinungsäußerung des Staatsrates ist Ausdruck des Bemühens der Regierung, das Bewußtsein der Kader aller Ebenen für die strategische Bedeutung des Bildungswesens wachzuhalten. Eine solche Meinungsäußerung hat autoritativen und zugleich bekräftigenden